

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 05.03.2026

Zu TOP: 7.11

Prävention und Sicherheit im Umgang mit Konflikten in der Stralsunder Altstadt

Einreicherin: Anett Kindler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei

Vorlage: kAF 0028/2026

Anfrage:

1. Wie haben sich die zahlreichen Konflikte zwischen und mit unterschiedlichen Gruppen, darunter auch zahlreichen Jugendlichen, im Bereich der Stralsunder Altstadt, insbesondere vor dem Quartier 17 nach Einschätzung der Verwaltung inzwischen entwickelt?
2. Welche Maßnahmen und Projekte wurden von Stadt- und Kreisverwaltung, Polizei und anderen konkret umgesetzt, bzw. werden geplant, um Konflikten präventiv bzw. ordnungs- und strafrechtlich zu begegnen und das Sicherheitsgefühl von Einkaufenden, Passanten und Anwohnenden zu stärken?
3. Wie schätzt die Verwaltung die nachhaltige Wirkung von Konzepten und Maßnahmen ein, die zukünftig umgesetzt oder erweitert werden sollen (Jugendkonzept der Polizei, Projekt Notinsel, ausführende Jugendarbeit, etc.)?

Herr Tanschus beantwortet die kleine Anfrage wie folgt:

zu 1.:

Die Altstadt ist insbesondere mit dem Quartier 17 und der Ossenreyer Straße zwischen Heilgeiststraße und Badenstraße ein beliebter Aufenthaltsbereich für verschiedene Personengruppen. Die Lage im Bereich Nikolaikirchhof hat sich entspannt. Dagegen gibt es Beschwerdelagen im Quartier 17 und dem genannten Bereich der Ossenreyerstraße.

Zu unterscheiden sind hier der Aufenthalt der Gruppen im öffentlichen Bereich und im Gebäude Quartier 17. Insbesondere in den Ferien kam es zu einem erhöhten Aufkommen von Jugendlichen im Gebäude. Dort sind zudem regelmäßig Müll und Schmierereien festzustellen. Vereinzelte Vorkommnisse im Zusammenhang mit Jugendlichen und obdachlosen Personen sind der Verwaltung bekannt.

zu 2.:

Die Verwaltung steht im regelmäßigen Austausch mit der Polizei, der Kreisverwaltung sowie den Gewerbetreibenden. Zur konkreten Lage erfolgt in kurzen Abständen eine Abstimmung, um zu bewerten, ob die ergriffenen Maßnahmen wirksam sind.

Ein wichtiger Baustein ist die aufsuchende Jugendarbeit, die in der Altstadt regelmäßig präsent ist. Die Problemlage rund um das Quartier 17 ist den beteiligten Akteuren seit längerer Zeit bekannt und stellt daher einen kontinuierlichen Bestandteil der Arbeit der Streetworker dar. Die stadtteilorientierte Arbeit findet nicht speziell in der Stralsunder Altstadt statt, die angetroffenen Jugendlichen kommen aber im Schwerpunkt auch nicht aus der Altstadt. Mit dem Jugendcontainer und dem Skaterplatz im Bereich der Schützenbastion soll für Jugendliche ein attraktiver Aufenthaltsbereich geschaffen werden und somit Konfliktpotential reduziert werden.

Da die Lage nicht allein durch Jugendarbeit gelöst werden kann, haben sowohl Polizei als auch der Kommunale Ordnungsdienst ihre Präsenz und Kontrollen erhöht. Die konkreten Maßnahmen vor Ort hängen dabei von den jeweiligen Feststellungen ab.

Darüber hinaus ist aber auch der Eigentümer des Gebäudes in der Verantwortung. Die Verwaltung befindet sich hierzu im Austausch.

Nur durch eine konstruktive und zielgerichtete Zusammenarbeit aller Beteiligten – also der Bürgerinnen und Bürger, des Eigentümers, der Gewerbetreibenden sowie der Polizei, der Stadt- und der Kreisverwaltung – kann eine nachhaltige Lösung erreicht werden.

zu 3.:

Die Kombination der Angebote in den Stadtteilen durch die Stadtteilzentren und die Jugendarbeit mit dem konsequenten Einschreiten von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst bei unzulässigen Handlungen ist ein erfolgversprechender Weg. Das Projekt „Notinsel“ knüpft an das bisherige Konzept „Rettungsboot“ an. Es dient dem Schutz von Kindern im öffentlichen Raum.

„Notinsel“ ist ein Netzwerk von Geschäften, Einrichtungen und Läden, in denen Kinder bei Gefahr Zuflucht finden können und folgt dem Motto: „Wo wir sind, bist Du sicher.“ Es handelt sich um ein kriminalpräventives Projekt in Zusammenarbeit des Kommunalen Präventionsrates der Hansestadt Stralsund mit dem Verein zur Förderung der Kriminalprävention e. V. und dem Lokalen Bündnis für Familie. Derzeit wird am Aufbau des Netzwerkes gearbeitet und es besteht Zuversicht, im zweiten Quartal 2026 starten zu können.

Für die Wirkung und Weiterentwicklung bestehender und neuer Konzepte ist entscheidend, dass alle Akteure zusammenwirken und in einem kontinuierlichen Austausch stehen. Gemeinsam werde sich für eine saubere und sichere Stadt eingesetzt, in der Platz und Raum für alle ist.

Konzepte sind dabei nicht statisch. Ein regelmäßiger Austausch aller beteiligten Behörden und Institutionen sowie die fortlaufende Anpassung bestehender Ansätze an aktuelle Entwicklungen sind daher unerlässlich.

Frau Kindler dankt für die Beantwortung und zeigt sich zuversichtlich hinsichtlich der Entwicklung.

Herr Philippen erfragt, aus welchen Stadtteilen die Jugendlichen kommen.

Herr Tanschus führt aus, dass diese aus dem gesamten Stadtgebiet kämen, insbesondere Tribseer, Grünhufe und Knieper West.

Auf Nachfrage ergänzt er, dass es sich um Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund handle.

Frau Dr. Carstensen erkundigt sich nach dem Jugendkonzept der Polizei.

Herr Tanschus berichtet, dass sich die Arbeit der Polizei und des KOD im Wesentlichen auf repressive Maßnahmen beziehen, d.h. Reaktionen auf nicht zulässige Handlungen. Durch eine höhere Präsenz könne entsprechend auf Fehlverhalten reagiert werden.

Herr Suhr erfragt eine Einschätzung zur Wirkung der umfassenden Maßnahmen.

Herr Tanschus stellt klar, dass es sich um einen langwierigen Prozess handle. Wichtig sei es, dass die beteiligten Akteure den Fokus nicht verlieren. Auf Reaktion müsse Aktion folgen. Seitens der Hansestadt Stralsund sei es zwingend erforderlich, den Vermieter am Prozess zu beteiligen, z.B. Schließkonzept für das Gebäude.

Herr Haack betont, dass die Betroffenen die Bewohnerinnen und Bewohner des Q 17 seien. Der Eigentümer müsse stärker in die Pflicht genommen werden.

Die Hansestadt Stralsund müsse dafür Sorge tragen, dass die Anwohnenden geschützt werden.

Herr Prof. Dr. Zabel macht darauf aufmerksam, dass für den Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner verschiedene Akteure verantwortlich seien.

Herr Philippen erkundigt sich nach den Erfolgsaussichten der eingeleiteten Maßnahmen. Er habe den Eindruck, dass sich die Situation eher verschlimmere, trotz aller Konzepte für die Jugendlichen der Stadt.

Nach Auffassung von Herrn Tanschus gebe es eine wellenförmige Bewegung. Die Hansestadt Stralsund und die weiteren Institutionen seien daher aufgefordert, stets nachzujustieren bzw. auf Entwicklungen zu reagieren.

Herr Braun bittet um Auskunft, wie mit den Obdachlosen in dem Bereich verfahren werde.

Herr Tanschus berichtet, dass es dazu Abstimmungen mit den verantwortlichen Beteiligten gegeben habe. Er merkt an, dass es in Stralsund einen guten Wohnungsmarkt und die wertvolle Arbeit der Obdachlosenunterkunft gebe. Unabhängig davon existiere der Bereich der freiwilligen Obdachlosigkeit. Dahingehend können seitens der Hansestadt Stralsund nur Angebote unterbreitet werden. Bei Verlassen des rechtlich zulässigen Handelns reagieren Polizei und Hansestadt Stralsund entsprechend.

Frau Graf betont, dass für die Aufrechterhaltung der kommunalen Ordnung und Sicherheit die Hansestadt Stralsund zuständig sei. Das Problem mit den Jugendlichen sei seit zwei Jahren bekannt. Sie hinterfragt, was in diesem Zeitraum geschehen sei.

Herr Tanschus wiederholt, dass es sich um eine Daueraufgabe handele und auf etwaige Verschiebungen reagiert werde.

Herr Schilke erkundigt sich nach konkreten Maßnahmen vor Ort und den Personenkonstellationen.

Herr Tanschus erläutert, dass es sich um verschiedene Gruppen von Jugendlichen handele. Auf nicht ordnungsgemäßes Handeln müssen Polizei und Ordnungsamt reagieren. Zunächst werde versucht, bei den Jugendlichen auf den Erziehungseffekt zu setzen. Sollte dies beim Einzelnen nicht ausreichen, reagiert der Staat mit den dafür vorgesehenen Maßnahmen. Herr Tanschus stellt klar, dass reine Bestrafung nicht zum gewünschten Ergebnis führe. Vielmehr müsse der Aufenthalt der Jugendlichen in Bereiche gelenkt werden, wo er nicht stört.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 12.03.2026